

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6gespalt. mm-Zelle 15 Pf., 3gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend, Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter Allg. Jüd. Familienblatt erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 49/50 — Telefon 215 16
Postcheckkonto Nr. 216 90
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich inkl. Bestellgeld, Streifenband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 49/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 009.

Chronik der Woche

Königin Maria von Rumänien besucht Palästina. Bukarest. (Jta.) Am 26. Februar treten Königin Maria von Rumänien und Prinzessin Iliana von Konstantza aus eine längere Reise nach Aegypten, Syrien und Palästina an.

Jacob Marx (Karlsruhe) 50 Jahre. Karlsruhe. Rechtsanwalt Dr. Jacob Marx (Karlsruhe) begeht am 13. Februar die Feier seines 50. Geburtstages. Seit vielen Jahren steht er an der Spitze des Landesverbandes Baden des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. (Jta.)

Juden im österreichischen Verfassungsgerichtshof. Wien. Dem neuen Verfassungsgerichtshof Oesterreichs gehören auch diesmal zwei Juden, und zwar die Rechtsanwälte Dr. Freundlich (Sozialdemokrat) und Dr. Becker an. Sie wurden auf Vorschlag der politischen Parteien von der Regierung bzw. vom Ministerpräsidenten ernannt.

Strafe für exzedierende Studenten. Jassy. Die Jassyer Universität hat 40 Studenten, die sich an den letzten antisemitischen Ausschreitungen im chemischen Institut beteiligt haben, mit Verlust eines Semesters bestraft; diese Studenten werden sich zu dem im Februar stattfindenden Prüfung nicht stellen können. Die Vorlesungen werden sie nur besuchen dürfen, wenn sie eine Erklärung unterzeichnen, daß sie die Ruhe nicht stören werden.

Vorlesungsaustausch zwischen Theologischer Fakultät Gießen und Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Gießen. Im Verfolg des zwischen der Theologischen Fakultät Gießen und der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums eingeleiteten Vorlesungsaustausches hat Herr Rabbiner Dr. L. Baeck in der vergangenen Woche einige Vorlesungen in Gießen gehalten, die sich außerordentlichen Zuspruchs erfreuten. In derselben Woche hat Dr. Baeck auf Einladung der Theologischen Fakultät Marburg auch dort mit großem Erfolg Vorlesungen gehalten. (Jta.)

Philipp Halsmann im Gefängnis. Berlin. Prof. Dr. K. Kupfer, israelitischer Strafseelsorger für die Strafanstalt Stein bei Wien, schreibt an das „Berliner Tageblatt“: „Der arme junge Philipp Halsmann wurde am Donnerstag, dem 30. Januar, von Innsbruck in die Strafanstalt Stein überstellt. Ich übernehme seine seelische Leitung und werde ihm seine armen, so schrecklich leidenden Mutter und Schwester vertreten, die nur in beschränktem Maße ihn besuchen dürfen. Was ihn wohl am härtesten treffen wird. Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, in ihm seinen Lebensmut zu erhalten und mit ihm zusammen den Aufbau seiner Zukunft vorzubereiten. Das Mitgefühl seiner vielen Mitmenschen, die mit ihm leiden, werde ich ihm stets wiedergeben und in ihm dadurch den Lebenswillen stärken.“

Max Osborn 60 Jahre. Am 10. Februar feiert der Kunsthistoriker und Theaterkritiker der Ullstein-Presse, Dr. Max Osborn, seinen 60. Geburtstag. Er veröffentlichte bisher über 30 Publikationen größeren und kleineren Umfangs über bildende Kunst und Theater, die weite Beachtung fanden. Seine Kunstkritiken, die vorwiegend in der „Vossischen Zeitung“, der „Berliner Morgenpost“, der „B.Z. am Mittag“ usw. erscheinen, gelten als maßgeblich. Max Osborn hat sich in den letzten Jahren auch dem jüdischen Kunstwesen zugewandt. Er ist Mitglied des Vorstandes des Vereins für Schaffung eines Museums für jüdische Kunst bei der Jüdischen Gemeinde Berlin und hielt vor einiger Zeit bei der ersten Veranstaltung dieses Vereins eine großangelegte Rede über jüdische Kunst. (Jta.)

Die Reden von Jabotinsky und Grossmann auf der Pressekonferenz in London

Am 4. Februar tagte in London die Pressekonferenz der im Zentralbüro des Weltverbandes erschienenen Vertreter der jüdischen Presse. Herr M. Grossmann, der den Vorsitz führte, informierte über die Tätigkeit des Weltverbandes und über gewisse Schritte des Exekutivkomitees. Unter anderem führte er aus: Im Laufe der letzten Wochen haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten und in verschiedenen Formen unsere Vorschläge erneut vorgebracht, welche angesichts der äußerst ernsten politischen Lage die Einheit in den zionistischen Reihen herzustellen bezwecken. Wir haben uns an die zionistische Exekutive mit einem Vorschlage gewandt, der zwei Teile enthält: 1. Der 17. Kongreß soll im Laufe der nächsten Monate auf Grund einer beschleunigten Scheckel- und Wahlkampagne einberufen werden; 2. Ein politisches Notstandskomitee, das mit der Führung der gesamten politischen Arbeit betraut werden soll, ist einzusetzen und hat bis zum Zusammentritt des Kongresses zu funktionieren. Dieses Komitee soll in gleicher Weise aus Vertretern der gegenwärtigen zionistischen Exekutive und der Opposition bestehen. Die Revisionisten sind der Ansicht, daß nach den Ereignissen im August 1929 das ziffermäßige Verhältnis am 16. Kongreß nicht mehr als Grundlage der Zusammensetzung des politischen Komitees dienen kann. Ein Gleichgewicht beider Grundtendenzen der zionistischen Politik muß geschaffen werden, bis der 17. Kongreß der geänderten Stellungnahme der zionistischen Öffentlichkeit genauen Ausdruck verleiht. Wir hoffen, daß die zionistische Exekutive die politische Notlage des Zionismus berücksichtigt und auf unsere Vorschläge eingehen wird. Die Stimmen für eine beschleunigte Einberufung des Kongresses häufen sich. Neulich faßte die Zionistenkonferenz in Polen einen ähnlichen Beschluß. Resolutionen dieser Art wurden auch von den revisionistischen Konferenzen in Polen, Rumänien, Litauen und Lettland angenommen.

Herr Jabotinsky, der zu der Konferenz erschienen war, gab seine Eindrücke aus Palästina wieder, wo er im Dezember weilte: Die jüdische Bevölkerung hatte erwartet, daß die Untersuchungskommission von jüdischer Seite aus dazu benutzt werden wird, den antizionistischen Charakter und die antizionistische Tätigkeit der palästinensischen Bürokratie sowie des gesamten gegenwärtigen administrativen Regimes ans Licht zu führen, eines Regimes, welches den Arabern den Eindruck gab, England hätte sich von seinem ursprünglichen Vorhaben losgesagt. Man hatte beispielsweise erwartet, daß eine Anzahl von höheren Regierungsbeamten als Zeugen vorgeladen sein werden und daß der Versuch gemacht werden

wird, diese Beamten zu veranlassen, ihre innere Gegnerschaft zur Balfour-Deklaration und zur zionistischen Politik zu bekennen. Es gibt eine Menge solcher Beamten in der Administration, welche nie von ihren Gefühlen ein Geheimnis gemacht haben; es sind dies ehrliche Menschen, welche ihre Antipathien auch vor der Kommission nicht verheimlicht hätten. Der Beweis wäre hiermit für den Widerspruch, der zwischen dem Versprechen Englands und dem tatsächlichen Regime herrscht, geliefert worden. Die Aufdeckung dieses Widerspruches war ein Gebot der Stunde. Man weiß allgemein, daß radikale Aenderungen in der Zusammensetzung der palästinensischen Bürokratie und in den Richtlinien ihrer Politik dringend nötig sind. Verlangen sie jedoch radikale Reformen, dann müssen Sie erst beweisen, daß die gegenwärtige Lage unhaltbar ist. Solange nicht einmal die direkt interessierte Partei die Lage als unhaltbar bezeichnet, werden die Regierung und die öffentliche Meinung sich nicht zu einem radikalen Eingreifen entschließen. Statt aber die Rolle des Regimes zu offenbaren, wurde die jüdische Sache in einem Geiste der Apologetik, in dem eines Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, geführt.

Es ist die Ueberzeugung aller Revisionisten, daß eine zionistische Exekutive, welche es lange Jahre unterlassen hat, die palästinensische Administration zu zu warnen und zu verurteilen, auch keine Aussicht hat, radikale Reformen durchzusetzen. Aus diesem Grunde verlangt der Revisionismus, daß auch die zionistische Leitung radikal geändert werden soll.

Der andere Fehler der jüdischen Vertretung bestand in dem Versuche, Juden und Zionisten in Schuldige und Unschuldige, Gute und Schlimme, einzuteilen. Jüdische Zeugen sagten, die Polizei hätte eine Demonstration der jüdischen Jugend verbieten sollen. Eine hebräische Zeitung hätte zu „Revolte“ und „Gewalttaten“ gerufen, — und Herr Sacker sagte sogar, die Regierung hätte diese Zeitung schließen sollen. Diese Anschwärmung eines Teiles der Juden durch einen anderen vor einer Regierungskörperschaft ist etwas Unerhörtes in der Geschichte; sogar im zaristischen Rußland, angesichts der Pogromgefahr, kam so etwas nie vor.

Jabotinsky betonte noch, daß er die Stellungnahme der betreffenden Zeitung vollständig billigt und auch die Jugenddemonstration für notwendig, legal und keineswegs ruhestörend hält. Jedoch muß festgestellt werden, daß diese Demonstration von der Brith-Trumpeldor nicht organisiert wurde. Kein Vorwurf darf den jüdischen Anwälten für diese Fehler gemacht werden. Die Anwälte haben ihre Pflicht mit